

Antworten der SPD

<p>Wie lautet Ihre Frage Nr. 1?</p>	<p>Welchen Nutzen erkennen Sie in der Speicherpraxis der "Datei Gewalttäter Sport" sowie der auf äquivalenter Datenspeicherungen auf Landesebene? Wie positioniert sich Ihre Partei zu der jüngst immer lauter gewordenen grundsätzlichen Kritik an diesen Dateien?</p> <p>Diese Dateien unterstützen die Polizei bei Ihrer Arbeit, Lagen rund um Fußballspiele einzuschätzen und die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Diese Daten dienen der Erfassung gewaltbereiter Fußballanhänger und ermöglicht es, Zusammenhänge zwischen Tätern und Straftaten herzustellen – eine zentrale Voraussetzung für die effektive Bearbeitung von Sportgewalt. Dies darf nur auf der Grundlage von verfassungsgemäßen Gesetzen geschehen. Sollten die Rechtsgrundlagen im neuen Polizeidatenverarbeitungsgesetz solch einer Überprüfung nicht standhalten, würden wir hier umgehend nacharbeiten.</p>
<p>Wie lautet Ihre Frage Nr. 2?</p>	<p>Wie steht Ihre Partei zur eingeführten Kennzeichnungspflicht von geschlossenen Einheiten der Landesbereitschaftspolizei? Ist eine Erweiterung der individuellen Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten Ihrerseits geplant? Wenn nein, warum nicht?</p> <p>Die SPD Hamburg hat sich für die Einführung einer individuellen, anonymisierten Kennzeichnung der Landesbereitschaftspolizei in geschlossenen Einsätzen eingesetzt. Im November 2019 wurde ein entsprechendes Gesetz beschlossen und im Dezember 2021 die zuvor befristete Kennzeichnungspflicht entfristet. Diese Maßnahme wurde als wichtiger Schritt zu mehr Bürgernähe und besserer Kommunikation der Polizei gegenüber den Hamburger:innen angesehen.</p> <p>Im Gegensatz zu geschlossenen Einsätzen wie Demonstrationen oder Großeinsätzen, bei denen eine Kennzeichnung der Polizei zur Klärung von Verantwortlichkeiten sinnvoll ist, besteht im regulären Streifendienst oder bei alltäglichen Polizeiaufgaben keine vergleichbare Notwendigkeit. Die Identifizierbarkeit der Beamt:innen ist bereits gewährleistet, da sie auf Nachfrage ihre Namensschilder oder Dienstnummern vorzeigen können. Zudem werden alle Einsätze ohnehin dokumentiert, sodass eine zusätzliche Kennzeichnungspflicht keinen Mehrwert bietet.</p>
<p>Wie lautet Ihre Frage Nr. 3?</p>	<p>Wie bewerten Sie die bisherige Tätigkeit der Beschwerdestelle für polizeiliches Fehlverhalten? Welche Vorstellungen vertreten Sie hinsichtlich dieser extern gelegen, aber bisher nicht unabhängigen Beschwerdestelle für Betroffene von "Polizeigewalt"?</p> <p>Die BMDA in Hamburg gilt als Vorreiter im polizeilichen Beschwerdemanagement in Deutschland. Ihr besonderer Status als interne, aber weisungsbefugte Stelle gewährleistet sowohl eine hohe Akzeptanz innerhalb der Polizei als auch eine ernsthafte und transparente Bearbeitung von Beschwerden. Ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal ist das uneingeschränkte Betretungs- und Akteneinsichtsrecht, das nur wenige vergleichbare Stellen in Deutschland besitzen. Darüber hinaus hat die BMDA</p>

Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2025: Braun-Weisse Hilfe

Antworten der SPD

	<p>die Befugnis, Vorgesetzte zu beraten und bei Fehlentscheidungen korrigierend einzugreifen.</p> <p>Um den Austausch über bewährte Praktiken auf nationaler Ebene zu fördern, richtet Hamburg zudem eine jährliche Fachtagung aller deutschen Polizeibeschwerdestellen aus. Gleichzeitig arbeitet die BMDA eng mit externen Beratungsstellen und Community-Gruppen zusammen, um gesellschaftliche Spannungen – insbesondere in den Bereichen Racial Profiling und Diskriminierung – besser zu analysieren und Lösungen zu entwickeln.</p> <p>Trotz dieser Erfolge verfolgen wir noch weitere Verbesserungen. Dazu zählen die Neuorganisation der Kategorisierung von Beschwerden, die Aufstockung personeller Ressourcen sowie die langfristige Verankerung der Beschwerdekultur.</p>
Wie lautet Ihre Frage Nr. 4?	<p>Wie bewertet Ihre Partei den Einsatz sogenannter ULS der Polizei (Polizeidrohnen)? Welche Bereiche zur Verwendung sehen Sie?</p> <p>Wir befürworten den Einsatz von sog. Polizeidrohnen. Das Einsatzspektrum unbemannter Luftfahrssysteme (ULS) bei Fußballspielen ist äußerst vielseitig. Sie werden zur Erstellung von Luftbildaufnahmen eingesetzt, unterstützen die Koordination von Maßnahmen bei größeren Einsatzlagen, helfen bei der Kriminalitätsbekämpfung und der Suche nach Vermissten und dienen zudem der Dokumentation sowie Beweissicherung. Die bisherigen Erfahrungen, insbesondere während der UEFA Euro 2024, zeigen, dass polizeiliche ULS für die Polizei Hamburg zunehmend zu einem unverzichtbaren Einsatzmittel werden.</p>
Wie lautet Ihre Frage Nr. 5?	<p>Ist ihrerseits die Videoüberwachung des öffentlichen/teilöffentlichen Raums als ein sinnvolles kriminalpräventives Instrument anzusehen? Plädieren Sie in diesem Zusammenhang für eine weitere Nutzung der technischen Möglichkeiten (automatischen Speicherung/ Wiedererkennung) von biometrischen Daten?</p> <p>Die öffentliche Videoüberwachung kann an kriminalitätsbelasteten Orten ein nützliches Instrument zur Prävention und Aufklärung von Straftaten sein. Sie kann gerade vulnerablen Gruppen ein erhöhtes Sicherheitsgefühl geben. Voraussetzung für den Einsatz von öffentlicher Videoüberwachung muss stets der Einklang mit den Datenschutzbestimmungen und die Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger sein. Hinsichtlich biometrischer Daten muss die Nutzung sorgfältig abgewogen werden, um Missbrauch zu verhindern und die Privatsphäre zu schützen. Wir plädieren für eine transparente Diskussion und klare gesetzliche Regelungen, um ein Gleichgewicht zwischen Sicherheitsinteressen und Freiheitsrechten zu gewährleisten.</p>

Antworten der SPD

<p>Wie lautet Ihre Frage Nr. 6?</p>	<p>Sollten Sie sich für eine weitergehende Nutzung der technischen Möglichkeiten (automatischen Speicherung/Wiedererkennung) von biometrischen Daten im Rahmen der Videoüberwachung einsetzen. In welchem Umfang sprechen Sie sich für dieses Mittel aus?</p> <p>Die SPD Hamburg setzt sich für eine moderne und effektive Sicherheitsarchitektur ein, die sowohl den Schutz der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet als auch die Grundrechte wahrt. Ein gezielter Einsatz von Videoüberwachung kann dabei helfen, Kriminalität zu verhindern und Straftaten aufzuklären.</p> <p>Besonders bei der Nutzung biometrischer Technologien in der Videoüberwachung verfolgt die SPD Hamburg eine differenzierte Position. Eine automatisierte Speicherung und Wiedererkennung biometrischer Daten darf kein flächendeckendes Instrument sein, sondern sollte gezielt an Kriminalitätsschwerpunkten wie Bahnhöfen oder in besonders gefährdeten Bereichen eingesetzt werden, wenn dadurch ein klarer Sicherheitsgewinn entsteht. Dabei müssen strenge datenschutzrechtliche Vorgaben gelten: Datenschutz und Bürgerrechte stehen an oberster Stelle, weshalb eine rechtsstaatliche Kontrolle und eine strenge Zweckbindung zwingend erforderlich sind.</p> <p>Die Nutzung biometrischer Gesichtserkennung kann in Fällen schwerer Kriminalität, Terrorismus oder organisierter Kriminalität ein wichtiges Hilfsmittel für die Polizei sein. Voraussetzung dafür ist jedoch eine transparente Rechtsgrundlage, die Missbrauch ausschließt. Eine pauschale Massenüberwachung lehnt die SPD Hamburg hingegen entschieden ab. Es darf keine undifferenzierte, massenhafte Speicherung biometrischer Daten ohne konkreten Anlass geben. Unser Ziel ist eine maßvolle und gezielte Nutzung, die Sicherheit und Freiheit in einem fairen Gleichgewicht hält.</p>
<p>Wie lautet Ihre Frage Nr. 7?</p>	<p>Halten Sie die Vorratsdatenspeicherung für ein geeignetes Mittel zur Aufklärung von Straftaten? Und treten Sie dementsprechend auch für eine präventive und verdachtsunabhängige Speicherung von (Nutzer)Daten ein?</p> <p>Die SPD Hamburg steht für eine konsequente Strafverfolgung und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger, ist sich aber gleichzeitig der Sensibilität im Umgang mit persönlichen Daten bewusst. Eine gezielte Vorratsdatenspeicherung kann in bestimmten Fällen ein wertvolles Ermittlungsinstrument sein – insbesondere bei der Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und sexualisierter Gewalt gegen Kinder. Eine zeitlich begrenzte Speicherung von IP-Adressen kann dabei helfen, Täter zu identifizieren, ohne pauschal alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht zu stellen.</p> <p>Gleichzeitig setzt die SPD Hamburg klare rechtsstaatliche Grenzen. Eine präventive und verdachtsunabhängige Massenüberwachung lehnen wir ab. Jede Speicherung von Nutzerdaten muss verhältnismäßig sein und darf nicht</p>

Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2025: Braun-Weisse Hilfe

Antworten der SPD

	<p>flächendeckend erfolgen. Stattdessen plädieren wir für eine gezielte, anlassbezogene Speicherung, die an klare gesetzliche Vorgaben gebunden ist.</p> <p>Wir setzen uns zudem für Alternativen zur klassischen Vorratsdatenspeicherung ein. Es braucht eine Lösung, die es Sicherheitsbehörden ermöglicht, IP-Adressen zur Strafverfolgung rechtssicher zu speichern, ohne dass sämtliche Kommunikationsdaten aller Bürgerinnen und Bürger betroffen sind. Entscheidend ist eine Balance zwischen Sicherheit und Datenschutz, die den Ermittlungserfolg nicht behindert, aber zugleich den Schutz der Privatsphäre wahrt.</p> <p>Jede Form der Datenspeicherung muss strengen Kontrollen unterliegen und darf nur unter richterlicher Aufsicht genutzt werden. Zudem sind die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs zu beachten, der anlasslose Massenüberwachung kritisch sieht.</p> <p>Zusammenfassend betrachtet die SPD Hamburg eine gezielt eingesetzte Vorratsdatenspeicherung als sinnvolles Mittel zur Aufklärung schwerer Straftaten, lehnt jedoch eine flächendeckende, verdachtsunabhängige Überwachung der gesamten Bevölkerung ab. Unser Ziel ist eine Lösung, die sowohl die Sicherheit der Menschen als auch ihre Freiheitsrechte schützt.</p>
Wie lautet Ihre Frage Nr. 8?	<p>Plädieren Sie für eine Übernahme der polizeilichen Einsatzkosten bei Fußballspielen durch die Vereine und falls Ja, aus welchen Gründen?</p> <p>Das Bundesverfassungsgericht hat die Bremer Gebührenordnung, die die Übernahme von zusätzlichen Polizeikosten bei Hochrisikospielen durch die Vereine regelt, für verfassungsgemäß erklärt. Wir sehen dies jedoch nur als letzte Konsequenz an. Im besten Fall verstärken DFL und Vereine ihre Bemühungen für mehr Sicherheit in Stadion und Fanszene. So können wir Hochrisikospiele, in deren Verlauf mit Auseinandersetzungen zwischen den Fanlagern gerechnet werden muss, künftig vermeiden und die Polizeikosten drastisch reduzieren. Fußball muss ein gewaltfreies und positives Erlebnis für alle Menschen sein, jeder soll sich in den Stadien und in der Stadt sicher fühlen können. Dafür stehen wir als SPD ein.</p>